

Europa sozial

Gute Arbeit – gleiche Chancen

Flyer 16190

Für ein soziales Europa

Faire Arbeitsbedingungen, ein Leben frei von Diskriminierung und die europaweite Anerkennung von Abschlüssen: Das ist die soziale Europäische Union, für die wir Grüne stehen. Doch während der Wettbewerb im Binnenmarkt grenzüberschreitend ist, macht die soziale Sicherung an den nationalen Grenzen halt und ist je nach EU-Mitgliedstaat höchst unterschiedlich organisiert. Wenn Unternehmen und Finanzakteure europäisch handeln, müssen auch soziale Rechte grenzüberschreitend garantiert sein. Sozialer Zusammenhalt ist ein Ziel der EU. Formal hat die EU jedoch in der Sozialpolitik nur sehr begrenzte Kompetenzen. Deswegen treten wir Grüne für eine EU ein, die die nationalen Systeme besser koordinieren und europäische Standards im Arbeitnehmerschutz setzen kann.

Gut arbeiten in der EU

Wir streiten für europaweite arbeitsrechtliche Mindeststandards. Gute Arbeit heißt für uns: angemessene Löhne und faire Arbeitsbedingungen wie eine gesunde wöchentliche Höchstarbeitszeit, familienfreundliches Arbeiten und Schutz vor Diskriminierung. Die von der Bundesregierung mitbeschlossene wöchentliche Höchstarbeitszeit von 65 Stunden und mehr lehnen wir ab. International organisierten Unternehmen müssen international organisierte ArbeitnehmerInnen entgegentreten. Daher unterstützen wir Europäische Betriebsräte und fordern die Unternehmen auf, sie in Zukunft stärker einzubeziehen. Wir Grüne wollen Mindestlöhne in allen Mitgliedstaaten, um Lohndumping zu verhindern. Bislang haben 20 von 27 EU-Mitgliedstaaten einen gesetzlichen Mindestlohn – Deutschland gehört nicht dazu.

Über Grenzen hinaus lernen und arbeiten – natürlich mit sozialer Sicherung

Grenzüberschreitendes Lernen und Arbeiten ist das Recht aller BürgerInnen eines EU-Staates. Deshalb wollen wir die Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Berufserfahrung EU-weit vereinfachen. Noch sind diese Abschlüsse in der EU schwer vergleichbar und werden nicht immer und überall anerkannt. Noch schwerer ist es für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nicht aus der EU kommen: Ihre Abschlüsse gelten als wertlos. Das ist unfair und in Anbetracht des Fachkräftemangels unwirtschaftlich. Eigentlich ist es eine Selbstverständlichkeit, aber leider nicht immer Realität: Wer im EU-Ausland lebt, lernt und arbeitet, müsste erworbene Ansprüche an Sozialversicherungsleistungen wie Betriebsrenten auch über Grenzen hinweg in Anspruch nehmen können.

Gleiches Recht für alle

Noch immer passiert es, dass alte Menschen keinen Kredit bekommen, MigrantInnen keine Wohnung, Schwule und Lesben im Berufsleben benachteiligt werden. Benachteiligungen auch außerhalb des Arbeitslebens aufgrund einer Behinderung, des Alters, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung oder der sexuellen Orientierung wollen wir verhindern und einen umfassenden Schutz vor Diskriminierung in der EU einführen. Im Kampf gegen Diskriminierung und für die Gleichstellung von Mann und Frau hat die Europäische Kommission bisher eine maßgebliche Rolle gespielt. Doch die Konservativen versuchen, ihr immer wieder Steine in den Weg zu legen. So sind die Konservativen und die Liberalen im Europäischen Parlament grundsätzlich dagegen, Diskriminierung in der Privatwirtschaft durch Rechtsetzung zu verbieten. Unterstützt werden sie von der schwarz-roten Bundesregierung, obwohl das in Deutschland gültige Gesetz gegen Diskriminierung viele der vorgeschlagenen Änderungen bereits abdeckt.

Europäische Strukturfonds und den Sozialfonds reformieren

Europäische Solidarität heißt: schwächere Staaten und Regionen durch die europäische Strukturpolitik unterstützen. In der EU mit 27 Mitgliedstaaten hat sich die Zahl der Menschen, die in relativ armen Regionen leben, mehr als verdoppelt. 36 Cent von jedem Euro ihres Haushaltes gibt die EU aus, um den Lebensstandard für alle zu verbessern. Wir wollen die Strukturfonds künftig noch stärker auf die Förderung von Forschung, Entwicklung und Technologietransfer ausrichten. Unser Ziel ist es, vor allem kleine Einrichtungen und Unternehmen zu unterstützen, sowie Bildungsmaßnahmen für Benachteiligte aller Altersstufen zu fördern. Wichtig ist es, die Antragstellung für den Europäischen Sozialfonds einfacher zu machen. Damit Regionen voneinander lernen können, wollen wir ein soziales Programm speziell für Metropolregionen mit Aktionsplänen gegen Arbeitslosigkeit, Kinder- und Altersarmut und für bessere Integration in Bildung und Gesellschaft.

Steuerwettläufe beenden & Finanzmärkte krisenfest machen

Europaweit agierende Unternehmen können nationale Standorte gegeneinander ausspielen und von unterschiedlichen Steuersystemen profitieren. Dadurch geraten arbeitsrechtliche Standards genauso unter Druck wie ihre Finanzierungsbasis. Wir wollen eine gemeinsame, konsolidierte Bemessungsgrundlage zum Beispiel für die Unternehmensteuer, um den Wettlauf um die geringsten Steuerstandards zu beenden. Außerdem wollen wir bei der Unternehmensteuer einen europäischen Mindestsatz festlegen. Finanztransaktionen sollen mit einer Umsatzsteuer belegt werden – wie andere Produkte und Dienstleistungen auch. Mit den Einnahmen soll der Finanzsektor, der die Finanzmarktkrise zu verantworten hat, einen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Kredite von Banken, zum Beispiel an Hedgefonds, müssen mit mehr Eigenkapital unterlegt werden als Kredite an regulierte Banken und Versicherungen. Außerdem wollen wir eine europäische Finanzaufsicht, die auch dem Anlegerschutz verpflichtet ist.

Wir wollen Europa sozialer machen!

Daher fordern wir:

- Gleichen Lohn für gleiche Arbeit: Die Entsenderichtlinie muss richtig umgesetzt werden.
- Europäische Betriebsräte stärken.
- Mindestlöhne in allen Mitgliedstaaten einführen.
- Blockadepolitik der Bundesregierung im Kampf gegen Diskriminierung beenden.
- Soziale Programme für Metropolregionen stärken.
- Europäischen Mindestsatz für die Unternehmensteuer festlegen.
- Finanztransaktionen mit einer Umsatzsteuer belegen.

Noch Fragen?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion
Arbeitskreis 4: Internationale Politik und Menschenrechte
Manuel Sarrazin MdB, Mitglied im Europaausschuss
T. 030/227 56789, F. 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de

Bundestagsdrucksachen:

16/10237 Abschottungspolitik beenden – Volle Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 2009 herstellen (Antrag)
16/8198 Das europäische Antidiskriminierungsrecht weiterentwickeln (Antrag)
16/4392 Ziele des Bundes für den Europäischen Sozialfonds in der Förderperiode 2007 bis 2013 (Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage)